



## Getrumptes Wachstum

**Konjunktur.** Nach 2,2 Prozent im Vorjahr wird das deutsche Wirtschaftswachstum laut IW-Prognose 2018 nur noch 1,8 Prozent betragen und im kommenden Jahr auf 1,4 Prozent zurückgehen. Ein wesentlicher Grund für diesen Sinkflug ist, dass der US-Präsident mit seiner „America first“-Doktrin das Wachstum getrumpt hat. Was das für Deutschland und die Welt bedeutet, erklärt IW-Konjunkturforscher Michael Grömling im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-4](#)

### Bayern

Der Freistaat, wo am 14. Oktober ein neuer Landtag gewählt wird, steht wirtschaftlich glänzend da und es herrscht quasi Vollbeschäftigung.

—> [Seiten 6-7](#)

### Kfz-Branche

Gut 40 Prozent aller Patentanmeldungen in Deutschland stammen aus dem Kraftfahrzeugbau. Immer öfter geht es dabei um Batterien, Digitalisierung und Sensorik.

—> [Seiten 10-11](#)

# Im Sinkflug

**IW-Konjunkturprognose.** Der aufflammende Protektionismus zeigt Wirkung: Weltweit stagniert der Warenhandel und die Investitionsdynamik lässt nach. Zwar droht keine Bruchlandung, doch das Wachstum der Wirtschaft schwächt sich deutlich ab – auch in Deutschland.

Die krude „America first“-Strategie von US-Präsident Donald Trump hat die Weltwirtschaft im bisherigen Verlauf des Jahres 2018 an den Rand eines Handelskriegs geführt. Zusammen mit den politischen Unwägbarkeiten in einer Reihe von Schwellenländern ist die Situation inzwischen so angespannt, dass auch die Robustheit der Finanzmärkte wieder auf dem Prüfstand steht.

Gleich drei Tropfen könnten das Fass zum Überlaufen bringen: erstens die Zuspitzung der Währungskrise in der Türkei sowie ein Überschwappen auf andere Schwellenländer; zweitens das Wiederaufflammen der Banken- und Staatsschuldenkrise, ausgelöst durch die hohe Verschuldung Italiens; und drittens ein ungeordneter Brexit (siehe Interview Seite 4).

Diese Gemengelage hat die konjunkturellen Risiken für die Weltwirtschaft deutlich erhöht – und das lässt sich bereits in der Statistik ablesen:

**Das reale Wachstum der Weltwirtschaft wird 2018 auf 3,5 Prozent zurückgehen – im Vorjahr waren es noch 3,7 Prozent. Im Jahr 2019 wird das weltweite Bruttoinlandsprodukt dann sogar nur noch um 3,3 Prozent wachsen.**

Deutschland kann sich von diesem Trend nicht abkoppeln. Auch wenn sich die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2018 dank steigender Exporte und einer kräftigen Inlandsnachfrage vergleichsweise gut

behaupten konnte, muss das Institut der deutschen Wirtschaft seine Konjunkturprognose trotzdem revidieren (Tabelle):

**Für 2018 wird ein reales Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent erwartet – im Frühjahr hatte das IW noch mit 2 Prozent gerechnet. Auch die Prognose für das kom-**

**mende Jahr fällt niedriger aus: 1,4 statt 2 Prozent.**

Hinter diesen revidierten Zahlen stecken ganz verschiedene Nachrichten – gute wie schlechte:

**Außenhandel.** Zwar war die Entwicklung im ersten Halbjahr 2018 noch positiv, doch so wird es im zweiten Halbjahr nicht weitergehen.

## IW-Prognose für Deutschland 2018 und 2019

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

|  | 2017 | 2018 | 2019 |
|--|------|------|------|
| <b>Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts</b> |      |      |      |
| Erwerbstätige                                      | 1,4  | 1,2  | 0,8  |
| Arbeitslosenquote                                  | 5,7  | 5,2  | 5,0  |
| Arbeitsvolumen                                     | 1,3  | 1,0  | 0,8  |
| Produktivität                                      | 0,9  | 0,8  | 0,6  |
| Bruttoinlandsprodukt                               | 2,2  | 1,8  | 1,4  |
| <b>Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts</b> |      |      |      |
| Private Konsumausgaben                             | 1,8  | 1,3  | 1,4  |
| Konsumausgaben des Staates                         | 1,6  | 1,3  | 1,5  |
| Anlageinvestitionen                                | 2,9  | 2,8  | 2,5  |
| – Ausrüstungen                                     | 3,7  | 4,5  | 3,6  |
| – Sonstige Anlagen                                 | 1,3  | 2,0  | 2,0  |
| – Bauten   | 2,9  | 2,0  | 1,5  |
| Inlandsnachfrage                                   | 2,0  | 1,9  | 1,5  |
| Export   | 4,6  | 3,0  | 3,5  |
| Import   | 4,8  | 3,5  | 4,0  |
| <b>Preisentwicklung</b>                            |      |      |      |
| Verbraucherpreise                                  | 1,8  | 1,9  | 1,9  |
| <b>Staatshaushalt</b>                              |      |      |      |
| Finanzierungssaldo                                 | 1,2  | 1,5  | 1,0  |

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

Die Aufträge aus dem Ausland kommen bereits spärlicher und Stimmungsindikatoren wie das ifo Weltwirtschaftsklima signalisieren eine spürbare Eintrübung:

**Im Jahr 2018 werden die deutschen Exporte nur um 3,0 Prozent zulegen – im Jahr 2017 waren es noch 4,6 Prozent.**

Da die Importe aufgrund der guten Inlandskonjunktur mit 3,5 Prozent etwas stärker steigen als die Ausfuhren, entfaltet der Außenbeitrag insgesamt keine Wachstumsimpulse und der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird leicht sinken.

**Investitionen.** Die deutschen Unternehmen werden 2018 mehr Geld für neue Maschinen und Produktionsanlagen ausgeben als im Vorjahr – mit 4,5 Prozent wird das Plus jedoch kleiner ausfallen als noch im Frühjahr erwartet, nämlich 5,3 Prozent.

Da zudem das Wachstum der Bauinvestitionen im Vorjahresvergleich um fast 1 Prozentpunkt auf 2,0 Prozent zurückgeht, werden die gesamten realen Anlageinvestitionen in diesem Jahr mit 2,8 Prozent etwas weniger zulegen als im Vorjahr. Für das kommende Jahr erwartet das IW lediglich noch einen Zuwachs von 2,5 Prozent.

**Arbeitsmarkt.** Die leicht verschlechterte Konjunktur kann dem robusten deutschen Arbeitsmarkt kaum etwas anhaben. Schon zu Beginn dieses Jahres lag die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen um 0,9 Prozent über dem Durchschnitt des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt 2018 wird ein deutlicher Anstieg um 1,2 Prozent auf gut 44,8 Millionen zu Buche stehen.

Parallel dazu geht der Abbau der Arbeitslosigkeit weiter – wenn auch nicht in dem Tempo, in dem neue Stellen geschaffen werden:

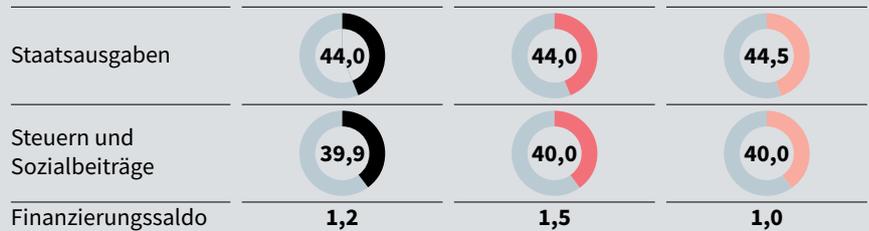
**Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 2018 um gut**

## Komfortabler Staatshaushalt

in Milliarden Euro

|                           | 2017         | 2018         | 2019         |
|---------------------------|--------------|--------------|--------------|
| <b>Einnahmen</b>          | <b>1.473</b> | <b>1.544</b> | <b>1.592</b> |
| Darunter:                 |              |              |              |
| Steuern                   | 766          | 802          | 823          |
| Sozialbeiträge            | 548          | 570          | 590          |
| <b>Ausgaben</b>           | <b>1.435</b> | <b>1.491</b> | <b>1.554</b> |
| Darunter:                 |              |              |              |
| Soziale Leistungen        | 784          | 818          | 858          |
| Personalaufwendungen      | 246          | 254          | 260          |
| Bruttoinvestitionen       | 70           | 78           | 82           |
| Subventionen              | 28           | 29           | 30           |
| <b>Finanzierungssaldo</b> | <b>38</b>    | <b>53</b>    | <b>37</b>    |

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Steuern und Sozialbeiträge: einschließlich Steuerzahlungen an die EU, ohne unterstellte Sozialbeiträge der Beamten

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

**180.000 auf 2,352 Millionen zurückgehen – 2019 sinkt sie weiter auf 2,247 Millionen.**

Damit wird die Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent im Jahr 2017 über 5,2 Prozent 2018 auf 5,0 Prozent im kommenden Jahr zurückgehen.

**Konsum.** Der soliden Beschäftigungsentwicklung steht allerdings eine etwas nachlassende Kaufneigung der Bundesbürger gegenüber, sodass der private Konsum in diesem Jahr mit einem Plus von 1,3 Prozent merklich hinter dem Vorjahreszuwachs von 1,8 Prozent zurückbleibt. Dabei machen sich auch die höheren Inflationsraten infolge der steigenden Energiekosten bemerkbar.

**Staatshaushalt.** Von all dem kann sich einer völlig unberührt zeigen: der deutsche Finanzminister. Schon das erste Halbjahr 2018 ist für den Staat besser gelaufen als das

gesamte Vorjahr, am Ende wird es ein dickes Plus geben (Grafik):

**Der Finanzierungssaldo des Staates steigt von 38 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 53 Milliarden Euro in diesem Jahr – ein Rekord.**

Die steigenden Steuereinnahmen nutzt der Staat jedoch nicht dazu, die Bundesbürger zu entlasten oder seine Finanzen stärker zu konsolidieren, stattdessen erhöht er seine Ausgaben (siehe iwd 18/2018). Im kommenden Jahr wird die Staatsquote bereits 44,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.

### Aus IW-Trends 3/2018

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur:  
Im Sinkflug – IW-Konjunkturprognose Herbst 2018

[iwkoeln.de/konjunktur\\_herbst2018](http://iwkoeln.de/konjunktur_herbst2018)

**Interview.** Das Institut der deutschen Wirtschaft hat seine Wachstumsprognose für 2018 und 2019 nach unten revidiert. Was dahintersteckt, erklärt **Michael Grömling**, Leiter der IW-Forschungsgruppe „Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur“, im Gespräch mit dem iwd.



Foto: IW Medien

# „Wir sind keine Teflonpfanne“

## Herr Grömling, das IW senkt seine Wachstumsprognose – müssen wir uns Sorgen machen?

Wir sind nach gegenwärtiger Einschätzung weit von einer Rezession entfernt. Auch die Beschäftigungsperspektiven sind gut. Insofern besteht kein Grund zur übermäßigen Sorge. Aber die Weltwirtschaft und insbesondere die handelsoffene deutsche Wirtschaft sind keine Teflonpfanne, an der nichts haften bleibt. Wir sehen sehr wohl, dass sich die handelspolitischen Machtkämpfe negativ niederschlagen. Der Welt- und der globale Investitionshandel und die globalen Investitionen stagnieren, die deutschen Exporte treten mehr oder weniger auf der Stelle. Das lässt unsere Unternehmen wieder vorsichtiger werden mit ihren Investitionen. Ohne die vielen politischen Unberechenbarkeiten und ihre Bremseffekte ginge es uns allen ein Stück weit besser.

**Sie sagen in Ihrer Prognose auch, die Robustheit der Finanzmärkte stehe auf dem Prüfstand. Das klingt – zehn Jahre nach der Lehman-Pleite – schon gefährlich.**

Eine akute Gefahr für eine Finanzmarktkrise wie 2009 gibt es derzeit nicht. Wir weisen gleichwohl sorgsam darauf hin, dass sich politische Verwerfungen schnell über die Finanzmärkte ins Wirtschafts-

leben hineinfressen können. Die Fortschritte beim Abbau der hohen Staatsschulden in einer Reihe von europäischen Ländern sind überschaubar, zum Teil nicht wirklich erkennbar. Damit verhärtet sich auch das Misstrauen in die Stabilität der Banken, die ja einen Teil der Staatsanleihen halten. Die italienische Regierung zum Beispiel lässt meiner Meinung nach nicht glaubhaft erkennen, dass ihr das Schuldenproblem wichtig ist. Damit bleiben auch die Banken und die Finanzmärkte im gesamten Euroraum anfällig. Investoren und Sparer bleiben vorsichtig und sie treffen deshalb möglicherweise nicht immer die langfristig besseren Entscheidungen. Die Immobilienmärkte scheinen dies zum Teil abzubilden.

**Viele Experten bemängeln schon lange die angeblich zu geringe Binnennachfrage in Deutschland – und in diesem Jahr schwächelt der private Konsum ein wenig. Haben Sie ein Rezept dagegen?**

Die Konsumnachfrage in Deutschland ist stark und robust. In den vergangenen Jahren kamen rund drei Viertel des gesamtwirtschaftlichen Wachstums von 2 Prozent aus dem Konsum. Und das wird auch in diesem und im kommenden Jahr so bleiben. Zentraler Treiber dieser

Entwicklung ist der nunmehr über viele Jahre andauernde Beschäftigungsaufbau in Deutschland. Wir nähern uns der Marke von 45 Millionen Erwerbstätigen – das sind über 5,5 Millionen mehr als im Jahr 2005. Insofern tut uns konjunkturell alles gut, was dem Arbeitsmarkt hilft.

**Trotz der konjunkturellen Eintrübung: Im internationalen Vergleich scheint Deutschland seit Jahren eine Art Insel der Seligen zu sein – was machen wir besser als die anderen?**

Das Wirtschaftswachstum in Österreich, der Schweiz, Finnland, Irland, den Niederlanden und Schweden ist sogar deutlich höher als das deutsche. Was uns derzeit trägt, ist die gute Arbeitsmarkt- und Konsumententwicklung. Die Weichen dafür wurden mit der Agenda 2010 vor nunmehr 15 Jahren gestellt und davon profitiert Deutschland noch immer. Dies hat dem Staat komfortable Einnahmen beschert. Freilich sind die Zinszahlungen wegen der niedrigen Zinssätze deutlich gesunken, sodass wir trotz steigender Staatsausgaben satte Überschüsse erzielen. Wenn diese zum Teil auch für den Schuldenabbau verwendet würden, wären wir hoffentlich resistenter gegen künftige Anspannungen an den Finanzmärkten.

# Eine Quote allein reicht nicht

**Gleichstellung.** Mit ihrer Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter strebt die EU auch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen an. Will die Kommission jedoch zielgenaue Politikempfehlungen geben, um den Geschlechterunterschied zu verringern, sollte sie die Erwerbstätigenquoten genauer aufschlüsseln.

Bereits in ihrer Strategie „Europa 2020“ hat die EU-Kommission das Ziel formuliert, eine Erwerbstätigenquote von 75 Prozent zu erreichen und mehr Frauen in den Arbeitsmarkt einzubeziehen. Zwar berücksichtigt die EU bei ihrer Erwerbstätigenquote sowohl abhängig Beschäftigte als auch Selbstständige, mit ihren Indikatoren ist jedoch keine Bewertung geschlechtsspezifischer Unterschiede in der Selbstständigkeit möglich. Deshalb schlägt das IW eine Differenzierung der Erwerbstätigenquote vor – das Ergebnis zeigt große Spannen (Grafik):

**Die Geschlechterunterschiede in den Selbstständigenquoten reichen von 2 Prozentpunkten in Luxemburg bis zu 12,6 Punkten in Griechenland.**

Zudem zeigt die Differenzierung weitere nationale Auffälligkeiten:

**In Litauen, Finnland und Schweden** ist der Unterschied bei den Selbstständigenquoten größer als jener bei den Arbeitnehmerquoten, der dort zudem negativ ausfällt. In diesen Staaten sind also – in Relation zur

Bevölkerung – mehr Frauen als Männer abhängig beschäftigt. Der Rat für Länder mit einer großen Differenz zwischen den Selbstständigenquoten würde also lauten, mehr Frauen für die Selbstständigkeit zu gewinnen.

**In Luxemburg** kann der Unterschied in den Erwerbstätigenquoten überwiegend durch die Lücke in der abhängigen Beschäftigung erklärt werden. Konkret: Im Großherzogtum haben Männer eine um 7,9 Prozentpunkte höhere Erwerbstätigenquote als Frauen – davon sind 5,9 Punkte auf den geschlechtsspezifischen Unterschied in der abhängigen Beschäftigung zurückzuführen.

**In Deutschland** beträgt der Unterschied in den Erwerbstätigenquoten 7,9 Prozentpunkte – nur acht der 28 EU-Länder schneiden besser ab. Zudem bleiben die Abweichungen in den beiden Teilquoten deutlich unter dem EU-Durchschnitt: Bei der Lücke in den Selbstständigenquoten kommt Deutschland auf 4,5 Prozentpunkte gegenüber 7,1 Punkten im EU-Durchschnitt; bei der Differenz in den Arbeitnehmerquoten unterschreitet die Bundesrepublik den EU-Schnitt um 1 Punkt.

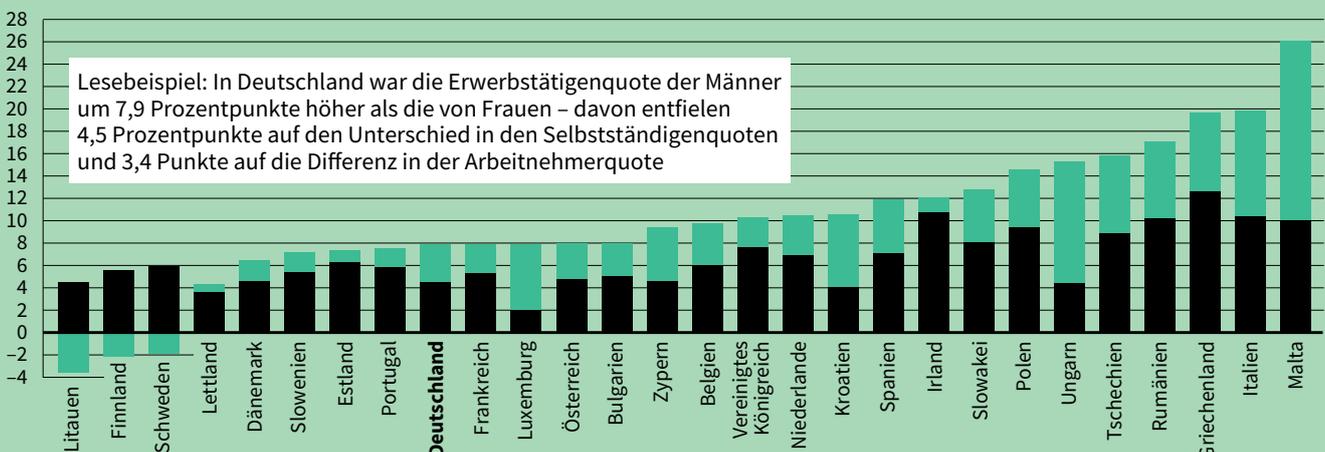
## Aus IW-Trends 3/2018

Jörg Schmidt: Die EU-Strategie zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern (2016 – 2019)

[iwkoeln.de/eu\\_gleichberechtigung](http://iwkoeln.de/eu_gleichberechtigung)

## Gleichstellung: Der Unterschied am Arbeitsmarkt

in Prozentpunkten 2017



Erwerbstätige im Alter von 20 bis 64 Jahren

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

# Weiß-blaue Erfolgsgeschichte

**Bayern.** Am 14. Oktober wird im Freistaat ein neuer Landtag gewählt. Wäre die Wirtschaftslage das entscheidende Kriterium, hätten die Bayern kaum einen Grund, gegen die amtierende Regierung in München zu stimmen. Denn das Bundesland liegt bei vielen Wachstums- und Wohlstandsindikatoren in Deutschland vorn.

Den aktuellen Umfragen zufolge droht der Christlich-Sozialen Union (CSU), die in Bayern seit Jahrzehnten meist allein regiert, bei der Landtagswahl ein herber Dämpfer. Offensichtlich sind viele Bürger unzufrieden mit der Politik – wobei sie in Sachen Wirtschaft kaum etwas zu meckern haben. Denn einer repräsentativen Umfrage zufolge bewerten 58 Prozent der Bayern ihre eigene wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut – gegenüber 53 Prozent der Deutschen insgesamt. Zudem meinen 47 Prozent der Menschen an Main, Isar und Donau, dass die Wirtschaft im Freistaat besser laufe als anderswo in Deutschland. In den anderen Bundesländern liegt dieser Wert im Schnitt nur bei 40 Prozent.

Und ihr Gefühl trägt die Bayern keineswegs – viele ökonomische Kennziffern belegen die weiß-blaue Erfolgsstory (Grafik):

**Von 2010 bis 2017 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Bayerns um mehr als 18 Prozent gewachsen – mit knapp 46.000 Euro liegt die Wirtschaftsleistung je Einwohner inzwischen rund 16 Prozent über dem deutschen Durchschnitt.**

Die privaten und öffentlichen Investitionen erreichten zuletzt

## Bayern in Zahlen

|   | Bayern        | Deutschland   |
|---|---------------|---------------|
| <b>WAHL 2018</b>  |               |               |
| Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2017 in Euro  | <b>45.810</b> | <b>39.477</b> |
| Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2017 gegenüber 2010 in Prozent   | <b>18,3</b>   | <b>13,1</b>   |
| Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2017 gegenüber 2010 in Prozent                | <b>18,2</b>   | <b>14,8</b>   |
| Arbeitslosenquote 2017 in Prozent   | <b>3,2</b>    | <b>5,7</b>    |
| Breitbandversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde zum Jahresende 2017 in Prozent | <b>80,1</b>   | <b>80,5</b>   |

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, TÜV Rheinland, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

23,4 Prozent des BIP – so viel wie nirgendwo sonst in Deutschland. Damit sind gute Voraussetzungen gegeben, dass die bayerische Wirtschaft auf Wachstumskurs bleibt.

Auch die Beschäftigtenzahlen sind im Süden der Republik zuletzt überdurchschnittlich stark gestiegen und mit einer Arbeitslosenquote von nur noch 3,2 Prozent herrschte in Bayern 2017 quasi Vollbeschäftigung. Die hohe Wirtschaftskraft füllt darüber hinaus die öffentlichen Kassen: Im vergangenen Jahr erzielten das Land Bayern und seine Gemeinden einen Finanzierungsüberschuss von gut 5,6 Milliarden Euro – Nordrhein-Westfalen kam als Zweitplatzierte nicht mal auf einen halb so hohen Wert.

Um zu verstehen, warum der Standort Bayern so glänzend da steht, lohnt sich ein Blick zurück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelten Firmen wie Siemens und Audi aus der sowjetisch besetzten Zone nach Bayern um. Zugleich nahm das Land fast zwei Millionen Vertriebene aus dem Osten auf. Die bayerische Regierung erklärte der damaligen Besatzungsmacht USA, dass Bayern die Industriejobs brauche, um die einheimische Bevölkerung und die Neuankömmlinge zu ernähren. Die Amerikaner sahen daraufhin von größeren Demontagen ab und die bayerische Industrie konnte schnell an die Produktion der Vorkriegszeit anknüpfen.

Am meisten machten den Firmen damals die hohen Energiepreise zu schaffen – die heimische Wasserkraft stieß an ihre Kapazitätsgrenzen und der Zukauf von Steinkohle war teuer. Aus der Not eine Tugend machend, konzentrierten sich die Unterneh-

men auf Produkte am Ende der industriellen Wertschöpfungskette – wie zum Beispiel Elektronik –, die statt viel Energie vor allem Know-how benötigen. Weil die Industrie folglich viele Fachkräfte brauchte, investierte Bayern stark in den Bildungssektor – so verdoppelte sich die Zahl der staatlichen Universitäten von 1962 bis 1978 auf zehn.

Bis heute räumt die bayerische Politik dem Thema Bildung einen hohen Stellenwert ein – mit Erfolg. Im Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft 2018 erreicht der Freistaat von allen Bundesländern den dritten Rang (siehe iwd 17/2018). Im Bereich berufliche Bildung liegt Bayern sogar ganz vorn. Und das System lässt nur wenige Kinder zurück:

**Den aktuellsten Zahlen von 2016 zufolge bleiben in Bayern nur 5 Prozent der Schulabgänger ohne Abschluss, das ist bundesweit der zweitniedrigste Wert.**

Damit aus Wissen auch Wertschöpfung entsteht, fördert die bayerische Staatsregierung derzeit in 17 themenbezogenen Netzwerken – sogenannten Clustern – die Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Der Dialog der klugen Köpfe aus Theorie und Praxis soll am Ende Innovationen hervorbringen, die das künftige Wachstum der Wirtschaft sichern. Die Themen der Cluster reichen von Digitalisierung über Energie und Gesundheit bis zur Mobilität.

Schon heute mangelt es den Entwicklern in den bayerischen Unternehmen nicht an Ideen (Grafik):

**Im Jahr 2017 wurden aus Bayern 278 Patente je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte beim Deutschen Patent- und Markenamt angemeldet.**

Damit lag Bayern hinter Baden-Württemberg auf Rang zwei aller

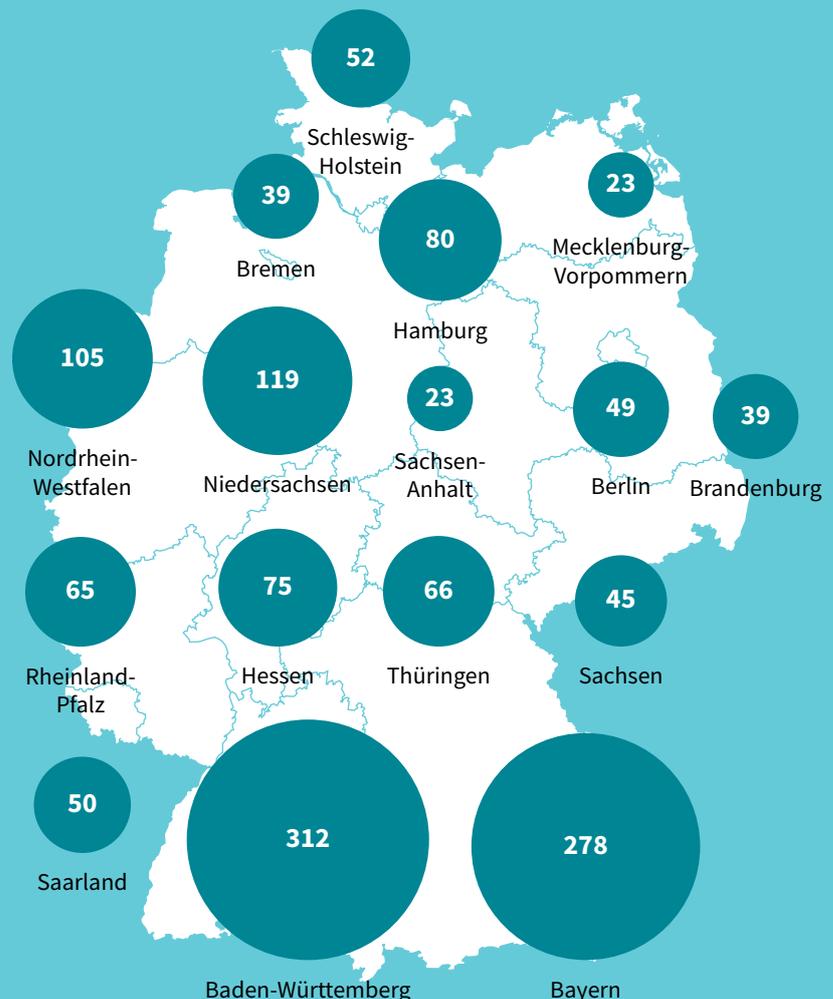
Bundesländer – mit deutlichem Vorsprung auf das drittplatzierte Niedersachsen.

Die Voraussetzungen für weitere Erfolge „made in Bayern“ sind also gut. Dennoch ist unterm weiß-blauen Himmel keineswegs alles perfekt, auch nicht aus Sicht der Wirtschaft. Beispielsweise lässt die Digitalisierung in den mittelständischen Unternehmen laut den Industrie- und Handelskammern (IHK) in Bayern zu wünschen übrig. Die Kammern fordern die künftige Regierung in München daher unter

anderem auf, die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur weiter auszubauen. Dies halten die IHK auch im Hinblick auf die „Arbeit 4.0“, also die Digitalisierung des gesamten Arbeitslebens, für notwendig. Zwar waren Ende 2017 immerhin 80,1 Prozent der privaten Haushalte in Bayern mit einem Breitbandanschluss mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde ausgestattet – doch ausgerechnet bei diesem zukunftsweisen- den Indikator blieb das Land einen Tick hinter dem Bundesdurchschnitt von 80,5 Prozent zurück.

## Patente: Bayern auf dem Silberrang

Patentanmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Jahr 2017



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Stand Oktober 2017

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsches Patent- und Markenamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd

# Mehr als Luftmatratze und Frühstück

**Sharing Economy.** Leihen und teilen statt kaufen und besitzen – das ist der charmante Grundgedanke der Sharing Economy. Doch der Boom dieses Phänomens ruft die Regulierer auf den Plan. Zu Recht? Eine Bestandsaufnahme.

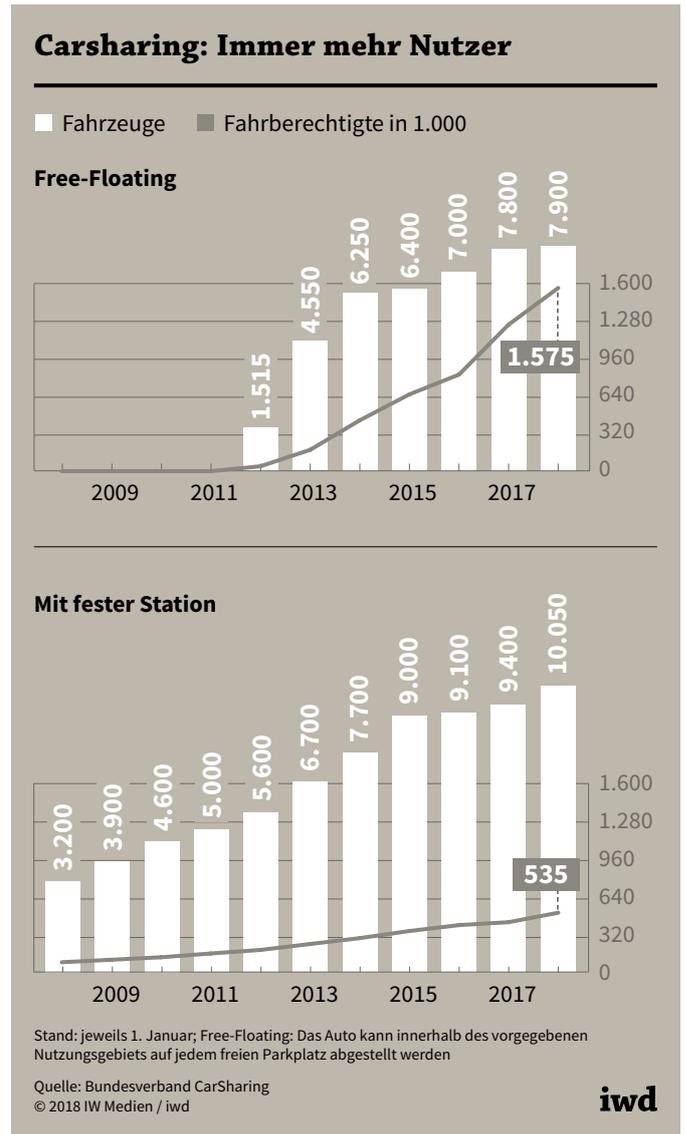
Die Grundidee, Güter zu teilen, statt sie zu kaufen, ist an sich nicht neu, auch Bibliotheken und Genossenschaften funktionieren so. Neu an der Sharing Economy ist vor allem die Reichweite, die mithilfe des Internets zu erzielen ist. Zum Einsatz kommen dabei zum einen webbasierte Plattformen und zum anderen Apps, die die mobile Nutzung der Angebote sehr komfortabel machen.

Doch so charmant die Sharing Economy sein mag – der Boom hat auch unerwünschte Nebenwirkungen. So nutzen viele Sharing-Anbieter regulatorische Schlupflöcher aus oder ignorieren bestehende Regelungen und verschaffen sich dadurch einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber konventionellen Anbietern. Das war etwa bei Uber der Fall. Dessen Vermittlung von privaten Fahrdiensten ist mittlerweile in Deutschland nicht mehr zulässig, weil kostenträchtige Standards der Personenbeförderung dabei nicht beachtet wurden. Heute darf Uber nur noch normale Funktaxis vermitteln.

Trotzdem stellt sich die Frage, inwieweit die Sharing Economy reguliert werden muss – oder ob sich die Bürokratie lieber zurückhalten sollte. Um das besser beurteilen zu können, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der Düsseldorfer DICE Consult eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Untersucht wurden drei Bereiche der Sharing Economy:

**Alltagsgegenstände.** Das Teilen und Verleihen von Haushaltsgeräten, Werkzeug, Baby-Erstausstattung oder Kleidung – ob zwischen privaten Haushalten oder mittels professioneller Anbieter – ist bislang nicht über einen Nischenstatus hinausgekommen und bedarf deshalb auch keiner gesonderten staatlichen Regulierung. Wegen ihrer Heterogenität sind die Plattformen und ihre Geschäftsmodelle ohnehin kaum zu vergleichen.

**Mobilität.** Das Sharing im Bereich Verkehr ist längst nicht mehr auf Autos beschränkt, mittlerweile sind auch Fahrräder und Roller im Angebot. Und trotz des teilwei-



sen Verbots von Uber hat sich auch das Ridesharing noch nicht überlebt: Die plattformgestützte Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten ist nach wie vor beliebt.

Am spannendsten ist gleichwohl die Frage, ob sich die vor allem mit dem Carsharing verbundenen Hoffnungen auf eine Entlastung des Verkehrssektors inzwischen erfüllen. Die Antwort fällt zwiesgespalten aus. Immerhin ist die Zahl der Fahrberechtigten mit dem Aufkommen des stationsungebundenen Carsharings à la car2go und DriveNow ab 2011 regelrecht explodiert (Grafik):

## Anfang 2018 waren in Deutschland knapp 1,6 Millionen Menschen für Carsharing nach dem sogenannten Free-Floating-Prinzip angemeldet sowie gut eine halbe Million für das klassische Sharing über feste Stationen.

Das Erfreuliche am Boom des Carsharings ist, dass die Nutzer ihre privaten Pkws häufiger stehen lassen. Laut einer Befragung galt dies im Jahr 2014 für gut ein Drittel der Autofahrer. Viele Carsharer fahren zudem seltener Taxi oder Mietwagen. Unterm Strich haben allerdings auch der öffentliche Nahverkehr und der Zugverkehr Carsharing-Kunden als Fahrgäste verloren.

**Unterkünfte.** Es begann mit dem eher idealistischen Couchsurfing: Nette Menschen kostenlos bei sich übernachten lassen und dafür selbst im Urlaub bei Einheimischen logieren können – das kam gerade bei Studenten gut an. Auch die sogenannten Haustauschferien haben inzwischen viele Fans. Nach Recherchen des IW beläuft sich das weltweite Angebot auf gut 400.000 Häuser.

Das alles ist jedoch wenig im Vergleich zu Airbnb. Die in den USA gegründete Vermittlungsplattform, bei der es ursprünglich nur um „Luftmatratze und Frühstück“ ging, hat inzwischen die meisten Konkurrenten verdrängt. Sie zählte 2017 allein in den USA 660.000 Angebote, in Frankreich 485.000 – und in Deutschland dürfte mit knapp 100.000 Inseraten noch Luft nach oben sein.

Airbnb ist für viele Vermieter eine willkommene Nebeneinnahmequelle, für manche inzwischen sogar der Haupterwerb. Vor allem aber schätzen die Nutzer die günstige Möglichkeit, Urlaub zu machen. Dies ist nach einer Auswertung von Befragungsdaten aus dem World

Travel Monitor für 70 Prozent der deutschen Sharing-Gäste der ausschlaggebende Punkt.

Doch was die einen freut, ist der anderen Leid. Gerade in den deutschen Großstädten mit ihrer Wohnungsnot ist Airbnb hochumstritten und beispielsweise in Berlin nur noch eingeschränkt erlaubt.

Ob das nötig ist, steht auf einem anderen Blatt, denn der Druck auf den Wohnungsmarkt durch Airbnb ist kleiner als vermutet (Grafik):

### Die angebotenen kompletten Unterkünfte, also vor allem Wohnungen und Häuser, machen in den zehn Airbnb-Hochburgen gerade einmal zwischen 0,2 und 0,6 Prozent des Wohnungsbestands aus.

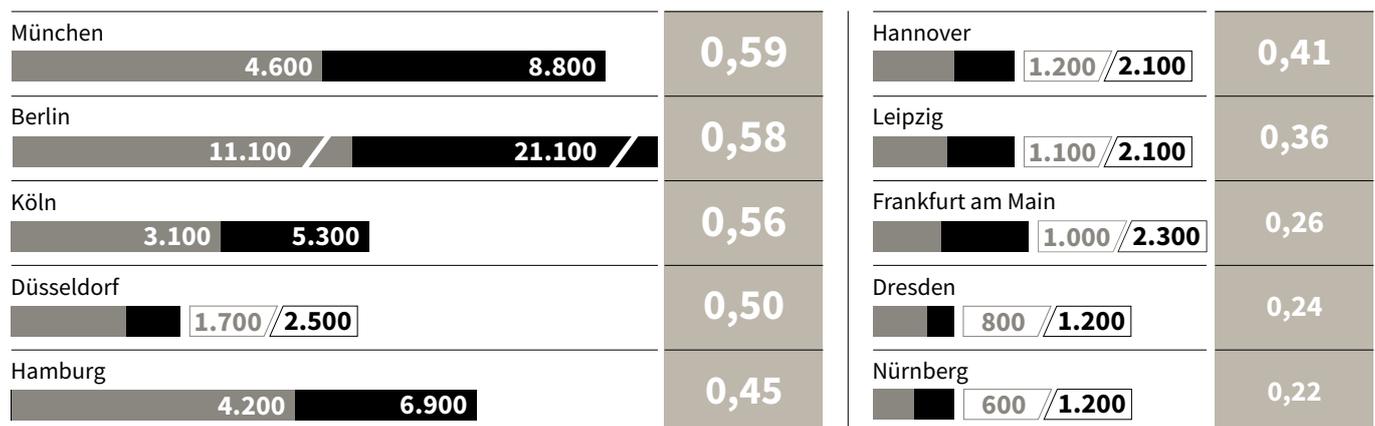
Oft werden lediglich Zimmer in der eigenen Wohnung bei Airbnb inseriert. Zudem haben nur sehr wenige Vermieter mehr als eine Wohnung im Angebot – lediglich in Düsseldorf, Dresden und Nürnberg ist es immerhin jeder achte oder neunte. In Berlin, Hamburg, Köln und München jedoch spielt die gewerbsmäßige Wohnungsvermietung via Airbnb nur eine untergeordnete Rolle. Dies schließt jedoch nicht aus, dass es in beliebten Szenevierteln größere Probleme gibt, die ein Eingreifen der Kommunalpolitik rechtfertigen können.

#### IW-Gutachten

Vera Demary, Barbara Engels, Christian Rusche u. a.: Sharing Economy im Wirtschaftsraum Deutschland, Studie in Zusammenarbeit mit DICE Consult im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie  
[iwkoeln.de/sharing\\_economy](http://iwkoeln.de/sharing_economy)

## Airbnb: Die Top-Ten-Städte in Deutschland

■ Alle aktiven Inserate, davon: ■ Ganze Unterkünfte  
■ Inserierte Wohnungen in Prozent des gesamten Wohnungsbestands der Stadt



Stand: 1. Januar 2017; ganze Unterkünfte: komplette Wohnungen, Häuser und Sonstiges wie Hausboote, Hütten etc., keine einzelnen Zimmer oder Betten in Gemeinschaftsunterkünften

# Innovative Autobauer

**Kfz-Branche.** Eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass gut 40 Prozent aller Patentanmeldungen in Deutschland aus dem Kraftfahrzeugbau stammen. Die meisten Innovationen entwickeln die Autohersteller und deren große Zulieferer. Der konventionelle Antrieb ist zwar weiter ein Forschungsschwerpunkt, doch Batteriebau, Digitalisierung und Sensorik gewinnen an Bedeutung.

Elektrische Antriebe, autonomes Fahren oder der mögliche Wandel vom reinen Autohersteller zum Mobilitätsanbieter – die globalen Megatrends stellen die Kraftfahrzeugbranche weltweit vor große Herausforderungen. Der deutschen Automobilindustrie wird in der Öffentlichkeit vorgeworfen, diese Megatrends zu verpassen und stattdessen sehr alte Technik zu vermarkten. Doch stimmt das überhaupt?

Um diese Frage zu beantworten, lohnt zunächst ein Blick auf die gängigen Innovationsindikatoren:

**Rund 30 Prozent aller unternehmerischen Investitionen in For-**

**schung und Entwicklung werden in der Kfz-Branche getätigt – kein anderer Wirtschaftszweig leistet einen so hohen Beitrag.**

Unter dem Begriff Kfz-Branche sind hier neben der dominierenden Autoindustrie auch relevante Entwicklungsdienstleister oder Hersteller von Motorrädern sowie landwirtschaftlichen Kraftfahrzeugen zusammengefasst.

Setzt man das, was eine Branche in Innovationen investiert, in Relation zu ihrem Umsatz, liegt die Quote in der Kfz-Branche bei 10 Prozent. Das ist der dritthöchste Wert. Beim Umsatz mit Produktinnovationen

liegt die Kfz-Branche wiederum an der Spitze – rund 48 Prozent ihrer Einnahmen erzielt sie mit Produkten, die innerhalb der vergangenen drei Jahre auf den Markt gebracht wurden.

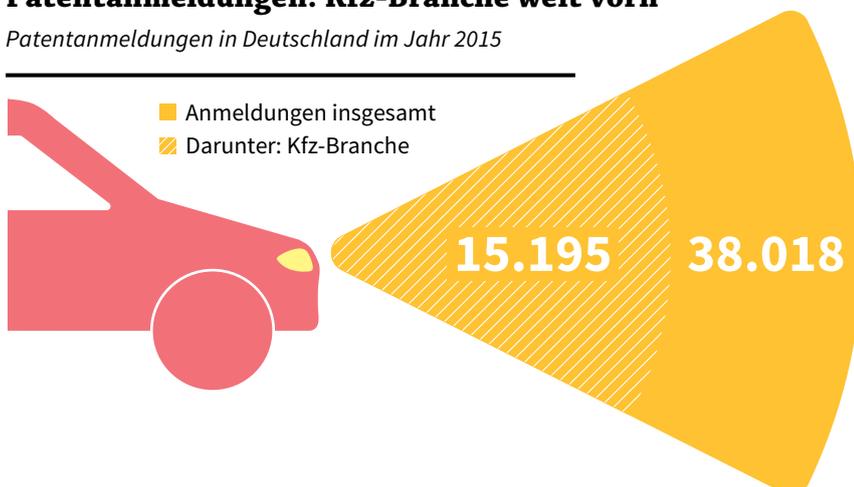
Diese Zahlen legen nahe, dass die deutsche Kfz-Branche einen hohen Innovationsaufwand betreibt. Es stellt sich die Anschlussfrage: Entstehen dabei genug wegweisende Produktideen?

Zur Bestimmung der Innovationskraft einer Branche eignen sich Patente als aussagekräftige Messgröße. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat sich daher angesehen, wie die Kfz-Branche in diesem Bereich abschneidet und dazu die Patentanmeldungen des Jahres 2015 beim Deutschen Patent- und Markenamt analysiert. Aufgrund der 18-monatigen Geheimhaltungsfrist bei Patentanmeldungen ist dies der aktuelle Datenstand. Neben quantitativen Vergleichen können durch die Analyse anhand der Gewichtung der Technologieklassen auch Aussagen über die Zukunftsausrichtung der Kfz-Branche getroffen werden.

Um möglichst präzise Erkenntnisse zu gewinnen, hat das IW die Daten mehrfach gefiltert. So fielen jene

## Patentanmeldungen: Kfz-Branche weit vorn

Patentanmeldungen in Deutschland im Jahr 2015



Anmeldungen durch das Raster, deren Nutzungsrechte im Ausland liegen. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wurden zudem Patentanträge mit mehreren Anmeldern zwischen diesen aufgeteilt. Anschließend wurde ein Branchenfilter angewandt und so wurden gut 700 Unternehmen der Kfz-Branche zugeordnet. Im Jahr 2015 meldeten 228 von ihnen in München Patente an:

**Von den etwas mehr als 38.000 Patentanmeldungen konnten rund 46 Prozent den Unternehmen der Kfz-Branche zugeordnet werden.**

In einem letzten Schritt wurden die Patentanmeldungen der Firmen daraufhin untersucht, ob sie im Kfz-Bau Verwendung finden könnten. Branchenfremde Patentanmeldungen von Zulieferern für Haushaltsgeräte und Werkzeuge wurden so von der weiteren Betrachtung ausgeschlossen. Sie machten insgesamt 5,6 Prozent der Anmeldungen aus. Unter dem Strich steht die Kfz-Branche also gut da (Grafik Seite 10):

**Rund 40 Prozent der Patentanmeldungen in Deutschland betrafen im Jahr 2015 Kraftfahrzeuge.**

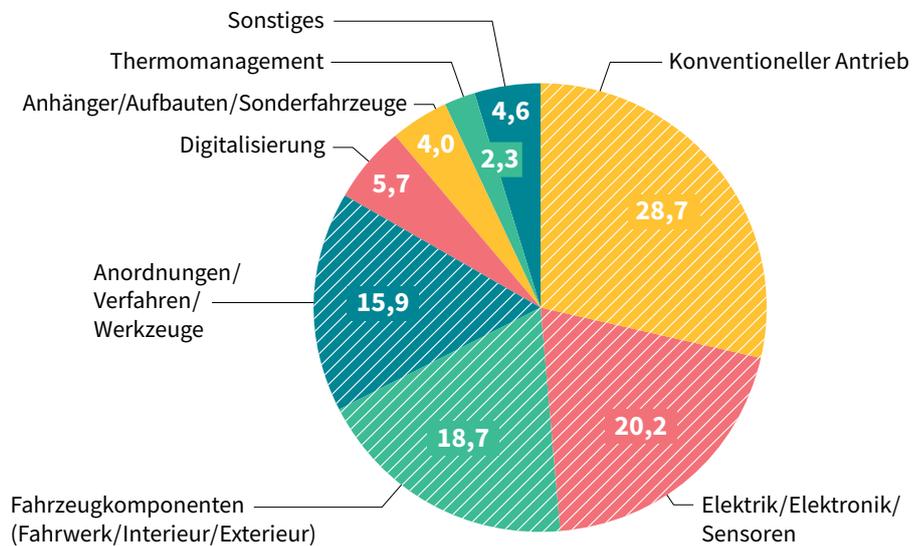
Aufgrund der starken Filterung ist dieser Wert eher als Untergrenze zu betrachten. Opel zum Beispiel wurde in diese Auswertung nicht einbezogen, weil die Nutzungsrechte beim Mutterkonzern General Motors in den USA liegen.

Da die Kfz-Branche mit fast 15.200 Patentanmeldungen eine große Stichprobe bietet, ist auch eine Analyse der Binnenstruktur möglich. Hier zeigt sich, dass der Großteil der Patentanmeldungen der Zulieferindustrie zuzuschreiben ist, insbesondere den Systemzulieferern.

Insgesamt stammten mehr als 64 Prozent der Anmeldungen von Zulieferern. Allein Bosch, der größte deutsche Zulieferer, meldete 2015 fast 22 Prozent aller Kfz-Patente an.

## Kfz-Branche: Innovationen in vielen Bereichen

So viel Prozent der Patentanmeldungen der Kfz-Branche im Jahr 2015 entfielen auf diese Technologiebereiche



Quellen: Deutsches Patent- und Markenamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Dies unterstreicht die zentrale Bedeutung der Systemzulieferer für die Innovationskraft der deutschen Kfz-Branche.

Die Patentanmeldungen lassen sich aber nicht nur Unternehmen zuordnen. Sie bieten auch einen Überblick über den technischen Fortschritt und die Forschungsschwerpunkte der Branche (Grafik):

**Fast 29 Prozent der Patentanmeldungen der Kfz-Branche im Jahr 2015 betrafen den konventionellen Antriebsstrang, also Verbrennungsmotor, Getriebe und Abgasstrang.**

Durch den Trend zu elektrischen Antrieben kann man davon ausgehen, dass die konventionelle Technik in Zukunft an Bedeutung verliert. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich in der Kfz-Branche bereits 2015 die alternativen Antriebe als neuer Schwerpunkt herauskristallisiert haben: Von den 15 meistgenannten Technologieklassen bei den Patentanmeldungen der Kfz-Branche haben drei eine starke

Verbindung zur Batterietechnik, zwei weitere sind den Hybridantrieben zuzurechnen.

Die drei meistgenannten Technologieklassen beziehen sich auf Elektronikbauteile und Sensoren. Jede fünfte Patentanmeldung der Kfz-Branche fiel in diesen Bereich.

Bemerkenswert ist auch, dass Technologieklassen, die der Digitalisierung zuzurechnen sind, bereits im Jahr 2015 fast 6 Prozent der Patentanmeldungen ausmachten. In Deutschland nehmen die Kfz-Unternehmen insgesamt eine Vorreiterrolle beim Thema Digitalisierung ein. Sie sind verantwortlich für 43 Prozent aller Anmeldungen im Bereich elektrische digitale Datenverarbeitung. Im Bereich 3-D-Druck geht mehr als jede sechste Patentanmeldung auf ihr Konto.

Die Analyse der Technologiestruktur des Jahres 2015 zeigt, dass die Kfz-Branche bereits seit damals intensiv daran arbeitet, Kompetenzen in Zukunftstechnologien aufzubauen.

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe (verantwortlich)

**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Anja Hüpper

**Grafik:** IW Medien GmbH

**Telefon:** 0221 4981-255

**Fax:** 0221 4981-99255

**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



# Top-Liste: Heute schon gepodcastet?

Podcast – dieses Kunstwort setzt sich zusammen aus dem englischen Broadcasting (Rundfunk) und dem Namen für jenen tragbaren MP3-Player, der in den Anfangszeit des Podcastings den Markt beherrschte: iPod. Podcasts sind Audio- oder Videodateien, die man über das Internet kostenlos abonnieren und dann jederzeit abrufen kann. Immerhin 15 Prozent der Bundesbürger nutzen dieses Angebot mindestens einmal pro Woche, rund eine Million sogar täglich. Von den rund 6.000 Podcasts in Deutschland ist derzeit die „Tagesschau“ am beliebtesten, gefolgt vom Wissenschaftsmagazin „Quarks“ und der ebenfalls lehrreichen „Sendung mit der Maus“.

**Zahl der Woche**



**3,74  
 Millionen**

Haushaltshilfen waren im Jahr 2017 in Deutschland tätig, gut 12 Prozent weniger als 2015. Offenbar bieten weniger Menschen solche Dienstleistungen an. Gestiegen ist allerdings in den vergangenen Jahren die Zahl der legal arbeitenden Hilfskräfte. Im Jahr 2017 waren in den Privathaushalten mehr als 305.000 Minijobber offiziell beschäftigt, fast dreimal so viele wie 2005. Hinzu kommen knapp 48.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie ungefähr 20.000 Selbstständige, die auf offizielle Rechnung in privaten Haushalten putzen, waschen und aufräumen. Doch noch immer melden gut 88 Prozent der Haushalte ihre „Perlen“ nicht an.

**Die beliebtesten Podcasts**

So viel Prozent der Bundesbürger gaben folgende Hörfunk- oder Videosendung als ihren beliebtesten Podcast an



Mehrfachnennungen; repräsentative Befragung von 1.022 Bundesbürgern im Alter zwischen 18 und 69 Jahren Anfang 2018

Quelle: Marktforschungsinstitut Splendid Research © 2018 IW Medien / iwd



## Neu auf iwd.de: Mehr digitale Weiterbildung

Mit dem Qualifizierungschancengesetz will Bundesarbeitsminister Hubertus Heil die Weiterbildung fördern. Der Gesetzesentwurf sieht eine stärkere finanzielle Unterstützung der Unternehmen vor. Dabei sollen vor allem die digitalen Kompetenzen der Mitarbeiter verbessert werden. Was darüber hinaus noch sinnvoll wäre, lesen Sie auf iwd.de.

